

EU-Staaten für Verbot dreier Neonikotinoide - Zulassung künftig nur noch für Gewächshäuser

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich für ein Verbot der drei neonikotinoiden Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam außerhalb von Gewächshäusern ausgesprochen. Sie folgten damit im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (SCoPAFF) einem Verbotsantrag der EU-Kommission. Insgesamt stimmten 16 Länder, darunter auch Deutschland, für den Vorschlag. Kritik kam unterdessen von der Bayer AG und der Syngenta International AG. Die Hersteller halten die Beschränkungen der drei Wirkstoffe für ungerechtfertigt. Ähnlich äußerten sich Vertreter der Zuckerrübenanbauer. Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied forderte die schnelle Zulassung möglicher Alternativen.
EU-Nachrichten 7

Beihilfenobergrenze von 60 000 Euro nicht geplant - Begrenzungen aber wahrscheinlich

Eine Kappungsgrenze der Direktzahlungen von 60 000 Euro je Betrieb wird es in den Vorschlägen der EU-Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 wohl nicht geben. Diese Zahl fand sich in einem vorläufigen und internen Dokument der EU-Kommission; sie soll aber laut hohen Kommissionkreisen nicht kommen. Jedoch scheint sich abzuzeichnen, dass die Brüsseler Behörde eine andere Obergrenze, zumindest aber eine gewisse Degression vorschlagen wird. Derweil forderten die Präsidenten des französischen und des Deutschen Bauernverbandes, Christiane Lambert und Joachim Rukwied, von den Mitgliedstaaten einen höheren Finanzbeitrag zur Stabilisierung des zukünftigen EU-Agrarhaushalts.
EU-Nachrichten 4

Deutliche Agrarexporteinbußen selbst bei „weichem“ Brexit - Auch Produktion betroffen

Selbst bei einem „weichen“ Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus der EU ist mit erheblichen Absatzeinbußen der deutschen Agrarexporture zu rechnen. Das geht aus aktuellen Berechnungen des Thünen-Instituts (TI) für Marktanalyse hervor. Konkret gehen die Fachleute davon aus, dass bei einem „Soft-Brexit“ die deutschen Nettoexporte von Agrarprodukten in das Vereinigte Königreich um etwa 1 Mrd Euro sinken, bei einem „harten“ Brexit sogar um rund 2 Mrd Euro. „Die Handelsänderungen wirken sich auch unmittelbar auf die Produktion aus“, so Dr. Florian Freund, Autor der betreffenden Studie. „Beim „worst case“ würde der Produktionsrückgang im Agrarbereich mit 1,2 Mrd Euro relativ hoch ausfallen.“
Länderberichte 31 und Dokumentation

Bewegung in der Tierschutzdiskussion

Bewegung in wichtigen tierschutzpolitischen Fragen hat die Agrarministerkonferenz (AMK) in Münster gebracht. Die Ressortchefs bekräftigten den dringenden Handlungsbedarf sowohl im Hinblick auf die Sauenhaltung als auch bei der Ferkelkastration. Man kam überein, für die notwendigen Änderungen bei der Haltung von Sauen in Kastenständen sowie im Abferkelbereich schnellstmöglich eine Anpassung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorzunehmen. Grundlage dafür soll das vorliegende Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sein. Strittig sind aber weiterhin die Übergangsfristen. Gewachsen ist dem Vernehmen nach die Bereitschaft, die örtliche Betäubung durch die Landwirte als zusätzliche Alternative zur betäubungslosen Ferkelkastration zu akzeptieren. Unterstützung fanden die Pläne des Bundeslandwirtschaftsministeriums für ein freiwilliges staatliches Tierwohllabel mit verbindlichen Kriterien. Zugleich will man sich für eine verpflichtende europäische Haltungskennzeichnung einsetzen. Keine Einigung gab es hingegen in milchpolitischen Fragen. Zu möglichen gesetzlichen Vorgaben für die Modernisierung der Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkeereien kam kein Beschluss zustande. Auch über die Instrumente für einen erneuten Krisenfall auf dem Milchmarkt gehen die Meinungen auseinander. Streitthema blieb in Münster außerdem die Ackerbaustrategie. Minister der Union und der Grünen warfen sich hier gegenseitig Blockade vor. Für die CDU-geführten Länder nahm die Produktivität im Pflanzenbau eine übergeordnete Rolle ein, während die Grünen weiterhin auf einen Ausstieg aus dem chemischen Pflanzenschutz beharren.
Länderberichte 26, 32 und 33